

Generalbevollmächtigter
P a t z l a f f, Thomas

Postanschrift:

Postfach 65 06 02

D-13306 Berlin

Tel.: +49 30 450 84 981

Fax: +49 30 450 84 982

Selbstverwaltung Thomas PATZLAFF, Postfach 65 06 02, D-13306 Berlin

Thomas Cloppenburg
Direktor
Firma „Amtsgericht Cloppenburg“
Burgstr. 9

49661 Cloppenburg

Groß-Berlin, den 22. Mai 2012

Ihre **Geschäftsnummer**: 21 C 134/12
Justizangestellte Tschritter-Barhorst
„Arkenstette, Richterin“

Befangenheitsantrag und weitere

Sehr geehrter Herr Thomas Cloppenburg,

leider haben die o. g. Personen bisher ihre Pflicht nicht erfüllt und mir die geforderten Legitimationsbelege übermittelt. Des weiteren werde ich, trotz rechtlicher Aufklärung, nach wie vor falsch angeschrieben, was konkret eine Prozessfälschung darstellt. Es gab bisher keine einzige gerichtsverwertbare Zustellung, welche den Erfordernissen des Grundgesetzes entsprechen würde.

Der logische Schluß daraus ist zwingend, daß die o. g. Personen das Grundgesetz und die Gesetze der Bundesrepublik Deutschland mißachten. Damit sind die o. g. Personen zumindest befangen und nicht in der Lage einen ordentlichen Prozess zu führen. Daher ist es meine Pflicht, hiermit einen Befangenheitsantrag zu stellen. Zugleich stelle ich damit auch einen Antrag auf die Prüfung der Befangenheit durch einen anderen, neutralen und unabhängigen Richter. In wie weit dies durch einen anderen Richter / eine andere Richterin bei der Firma „Amtsgericht Cloppenburg“ möglich ist, darüber dürfen Sie sich gerne mal ernste Gedanken machen.

Da hier offenkundig die gesamte Rechtsordnung der BRD mißachtet wird, stelle ich den Antrag auf eine psychologische Untersuchung der o. g. Personen, mit dem Ziel der Feststellung, ob diese überhaupt diensttauglich sind und rege, in Abhängigkeit der Ergebnisse dieser Untersuchung, ein Enthebungsverfahren an.

Auch wenn ich bereits im letzten Monat Strafanzeige und Strafantrag beim LKA gestellt habe und diese Angelegenheit bereits seit Ende letzten Jahres in Den Haag beim Internationalen Strafgerichtshof anhängig ist, rege ich eine erneute Strafanzeige von Ihrer Seite an. Sollten Sie dies ignorieren, was zu befürchten steht, so machen Sie sich unter

Umständen der Strafvereitelung im Dienst schuldig, was sicher keine angenehme Sache ist, auch wenn die Verfolgung innerhalb der weitgehend korrupten Organe der BRD nur schwer oder überhaupt nicht möglich ist. Bitte bedenken Sie, daß hier der ICC in Den Haag bereits eingeschaltet wurde. Derartige Verfahren dauern erfahrungsgemäß sehr lange, was aber nicht darüber hinwegtäuschen sollte, daß diese irgendwann zu Ergebnissen führen werden.

Um den massiv bestehenden Korruptionsverdacht nicht weiter unnötig zu nähren, rege ich an, daß Sie die Prüfung der Befangenheit durch einen Richter / eine Richterin eines anderen „Gerichts“ durchführen lassen. Andernfalls sehe ich mich gezwungen die Entscheidungen der Kollegen ernsthaft in Zweifel zu ziehen und auch dagegen vorzugehen.

Bitte beachten Sie auch die widrigen Umstände dieses bisher leider nur als Scheinverfahren zu betrachtenden Verfahrens. Es geht hier um die in weiten Teilen unbegründete Forderung eines primitiven Leichendiebes und Betrügers, welcher ebenfalls bereits angezeigt wurde. Wollen Sie sich wirklich wegen so einer unredlichen Person in ernsthafte Probleme verwickeln lassen? Liegt es Ihnen daran Recht in Anwendung zu bringen oder ist es lediglich Ihre Aufgabe Ihr Einkommen zu sichern und das bestehende Gewaltmonopol um jeden Preis zu bestätigen?

Die meisten Ihrer Kollegen in diesem Land sind damit beschäftigt, dem Verbrechen einen guten Nährboden zu schaffen und redliche Leute deren Straftaten auszuliefern und zugleich ein unredliches Gewaltmonopol eines Scheinstaates „BRD“, welcher offiziell am 03. Oktober 1990, durch die „Vier Mächte“ aufgelöst wurde, mit allen Mitteln aufrecht zu erhalten. Entsprechend schlecht haben sich die Lebensbedingungen in unserem Land seit dem entwickelt. Es ist auch Ihr Lebensraum, der hier von Ihnen und Ihren Kollegen in erheblichem Maße gestaltet wird. Es wird der Tag kommen, da werden Sie dies am eigenen Leib zu spüren bekommen und dann könnte es für eine Erkenntnis zu spät sein. Wollen Sie ein aufrechter Mensch und ein hilfreicher Teil einer friedlichen Gemeinschaft sein oder lieber Erfüllungsgehilfe skrupelloser Krimineller, welche auch und gerade in den Regierungen und politischen Parteien konzentriert zu finden sind?

Sind Sie wirklich damit einverstanden, daß unsere gesamte Steuergesetzgebung nicht mit dem GG vereinbar ist und einzig auf die ungesetzlichen Grundlagen eines Herrn Hitlers basieren? Sind Sie damit einverstanden, daß diese Finanzamtmafia redliche deutsche Bürger und deutsche Unternehmen nach belieben und einzig auf der Grundlage von Nazigesetzen plündert und Existenzen ruiniert und dabei auch noch Immunität für sich in Anspruch nimmt? Sind Sie damit einverstanden, daß Sie spätestens seit 2007 wieder die Staatsangehörigkeit des „Dritten Reichs“ gemäß der Verordnung von Herrn Hitler haben? Ist Ihnen bewußt, daß Sie freiwillig mit der Unterschrift unter Ihrem PERSONALausweis oder Reisepaß auf alle Grundrechte eines Menschen verzichtet haben und sich selbst damit zu einer weitgehend rechtlosen juristischen Person „Thomas Cloppenburg“ gemacht haben? Damit sind die Artikel 1 bis 20 des GG für Sie auch nicht mehr einklagbar!!! In Ihren PERSONALpapieren gibt es keinen Familiennamen mehr, welcher Sie gemäß BGB §1 ff als Mensch ausweist, sondern nur noch einen „Namen“, welcher Sie als Sache behandelt und eine Sache kann nun mal keine Menschenrechte für sich in Anspruch nehmen.

Damit sind Sie bewußt oder nicht, Teil einer menschenverachtenden Diktatur, gegen die das „Dritte Reich“ noch eine vergleichsweise harmlose Entwicklung war. Das Erbe der sogenannten Nazis bildete die Grundlage Ihrer Ausbildung und somit wurde die Ideologie, ungebremst in die Neuzeit weiter gegeben. Kein einziger Jurist aus der Nazizeit wurde aus dem Verkehr gezogen und diese waren es, welche Ihren Berufsstand

nach 45 wieder ausgebildet haben und dabei die Erkenntnisse aus der Nazizeit in die Neuzeit, als Grundlagen mit eingepflanzt haben. Das Ergebnis ist recht passabel, wie ich finde. Was gemäß der Nazi-propaganda im Allgemeinen als verwerflich gilt, das ist im Bereich der Juristerei eine vermeintlich normale und anerkannte Grundlage. Wie sollte es auch anders sein, wenn die ausbildenden Nazi-professoren hier unangefochten die Grundlagen nach gut Dünken selbst festlegen?

Das völkerrechtlich nach wie vor beständige Deutsche Reich wurde faktisch vernichtet. Ein Fiktives Deutschland ist nur ein politische Mittel zum Zweck der Plünderung und Vernichtung des deutschen Volkes. Doch die Ideologie, welche sich heute im Großdeutschen Reich, der Europa zeigt, wurde konsequent weiter entwickelt. Somit ist es kein Wunder, wenn sich die Europa zu einer der mächtigsten Diktaturen im Sinne des Romans „1984“ entwickelt hat. Welche Rolle spielen Sie und Ihre Kollegen in diesem Spiel und welche Rollen wollen Sie künftig spielen?

Wenn Sie echte Verantwortung übernehmen wollen, dann fangen Sie damit an, mich endlich als Mensch zu behandeln und nicht als entrechtetes Stimmvieh. Nehmen Sie Ihren Einfluß diesbezüglich auch auf Ihre Kollegen wahr. Meine Eingaben einfach zu ignorieren oder mit nichtssagenden und belanglosen Floskeln zu beantworten ist nicht nur nach deutschem Recht sittenwidrig, sondern auch ein schweres Menschenrechtsverbrechen. Wer den Menschen nicht achtet, der braucht sich auch nicht zu wundern, wenn er selbst irgendwann keine Achtung erfährt. Ursache und Wirkung halt.

Bis zur abschließenden Klärung ist es mir aus den aufgezeigten Gründen und wegen der bisher fehlenden rechtlichen Grundlagen, sogar gesetzlich verboten, an einer Verhandlung teilzunehmen. Würde ich dies trotzdem tun, so würde ich konkret gegen Gesetze verstoßen und dazu kann ich nicht gezwungen werden. Auch würde ein Erscheinen als konkludentes Handeln mißinterpretiert und zu einer vermeintlichen Heilung der fehlenden Rechtsgrundlagen mißgedeutet werden, wie es üblich ist. Gleiches gilt für die gesamte Erbegemeinschaft. Es ist meine Pflicht gegen Unrecht und Tyrannei, mit allen Mitteln die vertretbar sind, einzutreten. Dies ist auch Ihre Pflicht aber ich muß Sie hiermit leider ausdrücklich darauf aufmerksam machen. Vergessen Sie nicht, wem Sie eigentlich dienen! Sie dienen dem Volk, was Sie bezahlt und nicht irgendwelchen Vorgesetzten, welche bestimmte politische Interessen realisieren wollen. Lassen Sie diesen Grundsatz außer Acht, dann werden Sie automatisch zu einem Landes- und Hochverräter und das ist wahrlich kein kleines Delikt.

Bitte bestätigen Sie den Empfang dieses Schreibens und sorgen Sie für eine lückenlose und vor allem für die Erbegemeinschaft nachvollziehbare Aufklärung.

Aus formalen Gründen leider unabdingbar, erkläre ich hiermit erneut, daß mit diesem Schreiben keinerlei Anerkennung verbunden ist. Damit wird kein Vertrag begründet, auch kein stillschweigender. Dieses Schreiben stellt auch keine Einlassung dar, welche fehlendes Recht mißbräuchlich ersetzt oder heilt. Es dient einzig und alleine Ihrer Aufklärung und dem Schutz der Erbegemeinschaft gegen ungesetzliche und in weiten Teilen nichtige Maßnahmen und Drohungen. Es steht Ihnen selbstverständlich frei, die fehlenden Legitimationsbeleg vorzubringen und dann kann ich Sie auch entsprechend behandeln. Wie man in den Wald reinruft, so kann es auch nur zurück kommen. Mißachten Sie mich, so werde ich Sie nicht anders behandeln können.

Bitte beachten Sie auch die Rechtsbelehrung am Ende dieses Schreibens.

Mit freundlichen Grüßen

P a t z l a f f, Thomas
Als Mensch.
Als natürliche Person.
Als Generalbevollmächtigter der - Selbstverwaltung Thomas PATZLAFF -



Dieses Schreiben wurde elektronisch erstellt und zur Fristwahrung vorab per Fax versendet. Es ist daher nicht handschriftlich unterzeichnet. Das Original wird auf dem Postweg übermittelt und ist ordentlich unterzeichnet.

Anlagen:
- Rechtsbelehrung

Rechtsbelehrung

Die Schaffung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland und die anschließende Bildung einer BRD, erfolgten unter völkerrecht(s)widrigen Bedingungen und auf Anordnung der „Drei Mächte“, sowie unter der Kontrolle und Genehmigung der „Drei Mächte“, als Teil des Besatzungsstatuts.

Gemäß Artikel 133 GG war und ist die BRD nur eine Verwaltungseinheit der „Drei Mächte“ und kein souveräner Staat. Dies wurde zuletzt durch die Erklärung der „Drei Mächte“, vom 08. Juni 1990 und durch das Übereinkommen zur Regelung bestimmter Fragen in bezug auf Berlin bestätigt.

Durch massive Umstrukturierungen in 1990, 2005, 2006 und 2007, verlor die BRD, deren Länder und das Land Berlin sämtliche Rechts- und Handlungsgrundlagen. Damit handeln alle Organe dieser, in Amtsanmaßung und unter nicht belegtem Recht(s)anschein. Sämtliche im Auftrag dieser Organe handelnden Personen sind damit vollumfänglich und mit ihrem privaten Vermögen haftbar.

Dieser Zustand ist als offenkundig zu bezeichnen und daher muß vorausgesetzt werden, daß alle Personen mutwillig oder zumindest grob fahrlässig handelnd sind. Zur Geltendmachung von Schadensersatzforderungen und zum Zwecke der Strafverfolgung, ist daher jede Person dazu verpflichtet, ihren vollständigen Familiennamen, Vornamen und eine klagefähige Anschrift heraus zu geben. Dazu ist zwingend das Formular „Nachweis der Verantwortlichkeit“ auszufüllen und an alle Betroffenen zurück zu senden. Dieses Formular ist nach Bedarf, in der benötigten Anzahl zu vervielfältigen.

Für Personen, welche behaupten Richter/Richterrin zu sein, ist das Formular „Gerichtsverwertbare Erklärung an Eides statt“ zusätzlich auszufüllen und an die Betroffenen zurück zu senden. Auch dieses Formular ist nach Bedarf, in der benötigten Anzahl zu vervielfältigen.

Für alle Personen ist ebenfalls die Sachstandserklärung vollständig auszufüllen. Das Formular ist in der benötigten Anzahl zu vervielfältigen.

Werden die zuvor bezeichneten Formulare nicht innerhalb von 21 Tagen nach Bekanntwerden, vollständig ausgefüllt zurück gesendet, so erklären damit alle an der Sache beteiligten Personen ausdrücklich, daß sie mit der Pfändung in ihr Vermögen einverstanden sind.

Die Körperschaft „Amtsgericht Cloppenburg“, als Organ eines „Land Niedersachsen“, verpflichtet sich bei Verstößen gegen das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, mit einer Schadensersatzsumme von 100 Millionen Euro, gegenüber dem Beschwerdeführer in Ersatzleistung zu gehen. Diese Forderung wird mit der Wirkung des Verstoßes sofort und ohne weitere Mahnungen fällig. Ist die Körperschaft „Amtsgericht Cloppenburg“ nicht leistungswillig oder leistungsfähig, so treten ersatzweise die in dieser Körperschaft beschäftigten natürlichen und juristischen Personen in die Ersatzhaftung ein.

Gegen diese Forderungen ist das Mittel der Beschwerde zulässig. Diese muß ausführlich und unter Beweiserbringung begründet werden. Diese muß innerhalb von 21 Tagen nach Bekanntwerden, es zählt dabei das Datum der gesetzlichen Zustellung, beim Generalbevollmächtigten der - Selbstverwaltung Thomas PATZLAFF - eingegangen sein. Das Datum des Erhaltes ist gerichtsverwertbar nachzuweisen.